

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

11.12.2006

0089/2006

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Ignasi Guardans Cambó, Panayiotis Demetriou, Ana Maria Gomes, Gérard Onesta und Sylvia-Yvonne Kaufmann

zu der Weigerung der amerikanischen Behörden, den Familienangehörigen von Häftlingen Visa zu gewähren

Fristablauf: 29.3.2007

Schriftliche Erklärung zu der Weigerung der amerikanischen Behörden, den Familienangehörigen von Häftlingen Visa zu gewähren

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in Erwägung der Stellungnahme 19/2005 der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen gegen willkürliche Inhaftierungen, wonach die Inhaftierung der kubanischen Staatsbürger Antonio Guerrero, Fernando Gonzalez, Gerardo Hernández, Ramón Labadiño und René Gonzalez willkürlich ist, und in der die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Situation zu ändern,
- B. unter Hinweis auf das Schreiben von Amnesty International von Januar 2006, in dem die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich aufgefordert wird, zu gewährleisten, dass die fünf Häftlinge fair behandelt werden, ihnen nicht übermäßig viel verwehrt wird, z.B. Visa für enge Familienangehörige, die die Häftlinge deswegen nicht besuchen können,
- C. unter Hinweis auf die Standpunkte nationaler Parlamente, internationaler Organisationen und bekannter Persönlichkeiten, einschließlich Nobel-Preisträger, in dieser Angelegenheit,
- D. in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten zwei Ehefrauen der Gefangenen immer noch kein Visum erteilen wollen und die Erteilung von Visa an andere Familienangehörige hinauszögern,
 1. fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf, den humanitären Charakter dieser Besuche sowie ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu berücksichtigen und Olga Salanueva, Adriana Pérez und ihren Familienangehörigen die erforderlichen Visa so schnell wie es nach dem Gesetz möglich ist zu erteilen;
 2. fordert den Rat und die Kommission auf, an die Regierung der Vereinigten Staaten zu appellieren, die geeigneten Maßnahmen zur Lösung dieser Situation zu ergreifen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat, der Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.